

ZOLLERN-ALB KURIER

SÜDWEST
PRESSE

Balinger Volksfreund
Schmiecha Zeitung
Ebinger Zeitung

AUFLAGENSTÄRKSTE TAGESZEITUNG IM ZOLLERNALBKREIS

Mit öffentlichen Bekanntmachungen des Zollernalbkreises und der Stadt Albstadt



Mittwoch, 6. April 2022 · 2,20 €

Lokalspalte



Gas und Strom: Auch ohne Krieg wäre Preis gestiegen

Albstadt. Die Albstadtwerke erhöhen zur Jahresmitte die Preise. Eine Entwicklung, so erläutert das Führungstrio im Rahmen einer Pressemitteilung, die schon vor der Ukraine Krise begonnen habe.

ZAK aktuell

Selbst Vize-Landrat springt als Apotheken-Kurier ein

Meßstetten. Groß war am Montagabend das Interesse an der Meßstetter Bürgerversammlung für Menschen, die Geflüchteten mit Rat und Tat zur Seite stehen möchten. Trotzdem braucht es mehr Freiwillige.

Großer Heuberg/Degerfeld

Die Eintrittspreise im Sofienbad sollen steigen

Rosenfeld. Nach 11 Jahren möchte die Stadtverwaltung die Eintrittspreise im Sofienbad moderat erhöhen, nachdem im vergangenen Jahr eine Million Euro in die Sanierung gesteckt worden ist.

Rosenfeld/Geislingen

Durchwachsene Punktzahl, überzeugende Platzierung

Albstadt. Coronabedingt war die Vorbereitung nicht einfach gewesen. Dennoch fuhr der Albstädter Max Maute beim Auftakt des Kunstrad-Weltcups in der Slowakei auf den zweiten Platz.

Sport Regional

Heute auf zak.de

Im Internet halten wir Sie rund um die Uhr auf dem Laufenden. Alles was wichtig ist: zak.de

Alle Bildergalerien:
zak.de/fotos



Das Wetter

Im Zollernalbkreis



So erreichen Sie uns:

Balingen
Abo-Service: 07433 266-173
vertrieb@zak.de
Redaktion: 07433 266-114
zak@zak.de
Anzeigen: 07433 266-0
anzeigen@zak.de
Ticket-Service: 07433 266-0

Albstadt
Abo-Service: 07433 266-173
vertrieb@zak.de
Redaktion: 07431 9393-20
zak@zak.de
Anzeigen: 07431 9393-12/13
anzeigen.ebingen@zak.de
Nummer 80 · 174. Jahrgang · E 1505



Fünf Minuten vor der Katastrophe

Ein Blick in das 32 Meter hohe 360-Grad-Panorama „New York 9/11“ des Künstlers Asisi im Panometer Leipzig. Das Anti-Kriegsprojekt, das von

Samstag an zu sehen ist, ruft die Anschläge vom 11. September mit ihren globalen Folgen in Erinnerung. Es zeigt die Szenerie am World Trade Center

am Morgen des 11. September 2001 um 8:41 Uhr, fünf Minuten vor dem Terroranschlag, fünf Minuten vor einer Zeitenwende. Foto: Jan Woitas/dpa

Mehrheit im Südwesten für Verlängerung der Atomkraft

BaWü-Check Die Menschen in Baden-Württemberg befürworten einen Kurswechsel in der Energiepolitik – und würden dafür auch neben Windrädern wohnen. Von David Nau

Angesichts des russischen Krieges in der Ukraine wollen die Menschen in Baden-Württemberg so schnell wie möglich unabhängig von russischen Energieimporten werden. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Check hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach halten nur noch sechs Prozent der Befragten die Energieversorgung für gesichert.



Eine Mehrheit der Befragten fordert deswegen eine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Neckarwestheim II. 57 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Kernkraftwerk im Landkreis Heilbronn nicht wie geplant Ende des Jahres vom Netz gehen, sondern weiterbetrieben werden sollte. Für eine Abschaltung sprechen sich nur 28 Prozent aus. Zugleich unterstützt die Mehrheit der Befragten den ra-

schen Ausbau der erneuerbaren Energien. 60 Prozent sprechen sich etwa für einen beschleunigten Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg aus – und zwar über Parteigrenzen hinweg. Nur die Anhänger der AfD sind gegen den schnellen Ausbau der Windkraft. Grundsätzlich unterstützen die Menschen seit langem mehrheitlich den Ausbau der Windkraft – gegen den Bau von Windrädern vor der eigenen Haustür gab es allerdings häufig starken Protest. Diese Stimmung scheint sich nun zu wandeln. Aktuell

würden sich 58 Prozent der Befragten nicht daran stören, wenn ein Windrad in der unmittelbaren Nachbarschaft gebaut werden würde. Nur knapp jeder Vierte wäre gegen ein Windrad vor der eigenen Haustür. Unterstützung erhält die Regierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) auch für ihre Pläne, Genehmigungsverfahren für neue Windräder zu verkürzen und dafür Einspruchsmöglichkeiten einzuschränken. 55 Prozent halten das für einen guten Vorschlag. Südwestumschau

Einfuhrverbote für Kohle und Wodka

EU Die Kommissionspräsidentin schlägt weitere Sanktionen gegen Russland vor.

Brüssel. Wegen der Kriegsgräu- el in der Ukraine will die Europäische Union erstmals Sanktionen im Energiebereich gegen Russland verhängen: Die EU-Kommission schlug ein „Einfuhrverbot für Kohle aus Russland im Wert von vier Milliarden Euro jährlich“ vor, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel erklärte. Die Einfuhr von Holz, Ze-

ment und alkoholischen Getränken wie Wodka soll ebenso untersagt werden wie auch die Ausfuhr von bestimmten Halbleitern, Computern und anderer Ausrüstung im Wert von zehn Milliarden Euro aus der EU nach Russland. Zudem sollen russische und von Russland betriebene Schiffe nicht mehr Häfen in der EU anlaufen dürfen. Die bereits verhängten Sanktio-

nen gegen russische Banken sollen verschärft werden. Von der Leyen begründete die Vorschläge mit den „grauenvollen Bildern aus Butscha und anderen Gebieten“. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte zuvor in Berlin gesagt, mit den neuen Sanktionen wolle die EU den „Komplettausstieg“ aus der Energie-Abhängigkeit von Russ-

land einleiten, „beginnend bei Kohle, dann Öl“. Ein sofortiger Stopp der Gas-Importe würde nach Ansicht von Ministerpräsident Winfried Kretschmann keine Gräueltaten wie die in der ukrainischen Stadt Butscha verhindern: „Ich kann jetzt nicht erkennen, was das Begehen solcher Verbrechen mit Gaslieferungen zu tun hat.“ dpa Themen des Tages Seite 3

Evolution im Rausch

Neben der Affenbande, der Affenschande und dem, pardon, Affenarsch, müssen unsere Verwandten auch für den Ausdruck: „Der hat ja einen Affen sitzen“ herhalten. Gemeint ist ein Zustand fortgeschrittener Trunkenheit. „Wo willst Du hin mit einem solchen Affen, Du wirst den Weg nach Hause nicht mehr schaffen“, heißt es im Gedicht „Der Hase im Rausch“. Und da wären wir beim eigentlichen Thema: saufende Tiere. US-Primatenforscherinnen fanden heraus, dass Schwarzhandklammeraffen absichtlich alkoholhaltige

Früchte konsumieren. Damit wird die „Drunken Monkey“-Hypothese bestätigt, nach der unsere äffischen Vorfahren seit Millionen Jahren dem Alkohol zugetan sind. Was bedeuten könnte, dass wir Menschen für unseren Alkoholkonsum nur bedingt verantwortlich sind. Tatsächlich saufen im Tierreich nicht nur Affen, sondern auch Elefanten, Vögel, Igel oder Insekten. Im malaysischen Regenwald lebt sogar ein Spitzhörnchen, das sich hauptsächlich

von einer Art Palmbier ernährt. Zeigt das nicht die evolutionäre Bedeutung des Rauschmittelgebrauchs? Doch Vorsicht! Dass bezechte Tiere anderen Tieren überlegen sind, ist eher unwahrscheinlich. Tiger, Löwen und Krokodile sehen in der Regel erschreckend nüchtern aus. Es könnte sein, dass betrunkene Tiere vorwiegend Futter sind. Aber: Werden sie von den nüchternen Raubtieren trotz oder wegen ihres Alkoholgehaltes gefressen? André Bochow



Ukraine-Krieg Diplomaten unerwünscht

Berlin. Nach Deutschland haben als Reaktion auf die mutmaßlichen Kriegsverbrechen im ukrainischen Butscha auch andere europäische Länder russische Diplomaten ausgewiesen: unter anderem verwiesen Italien (30), Spanien (25), Dänemark (15), Schweden (3) diplomatisches Personal des Landes. Am Montag hatte Deutschland 40 Russen zu „unerwünschten Personen“ erklärt. Russland kündigte eine harte Reaktion an. dpa Kommentar



Kommentar
Claus Liesegang
zur Ausweisung von
Diplomaten

Kanäle offen halten

Die Kriegsverbrechen von Butscha dürfen nicht straflos bleiben. Wo die Täter zu finden sind, dazu verdichten sich die Beweise. Bald werden genug Interviews mit Augenzeugen geführt, Bilder, Satellitenaufnahmen und Videos ausgewertet, Tote forensisch untersucht, dazu Leichen exhumiert worden sein. Dann ist am Licht, wer verantwortlich ist für die Taten, von denen man sich nicht vorstellen möchte, dass Menschen sie begehen könnten. Bis dahin wäre es aber gut, wenn nicht nur Emotionen regierten, so sehr diese angesichts der Bilder verständlich sind. Auch bei Bundesregierung und Außenministerin. Es ist albern, als Reaktion auf das Massaker 40 russische Botschaftsangehörige auszuweisen, weil sie angeblich Spione sind. Wären sie es wirklich, warum hat Frau Baerbock sie nicht längst nach Hause geschickt? Sind sie es nicht, dann ist es ein falsches Signal. Denn die Diplomatie gewährleistet den Dialog, der gerade zwischen Feinden wichtig ist. Wichtig für Frieden. 40 ausgewiesene Diplomaten hier führen zu 40 Ausweisungen aus Russland. Das sind 80 Menschen weniger, die miteinander sprechen. Auf diese Weise sprechen irgendwann nur noch Waffen.

Impfpflicht ab 60?

Bundestag Zwei Gruppen einigen sich vor Votum auf Kompromiss.

Berlin. Zwei Abgeordnetengruppen im Bundestag, die bisher eigene Gesetzentwürfe für eine Impfpflicht eingebracht haben, verständigten sich am Dienstag auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Pflicht vorerst ab 60 Jahren. Im Herbst soll dann laut Erklärung der Bundestag vor dem Hintergrund vorherrschender Erkenntnisse und potenzieller Virusvarianten entscheiden, ob auch eine Impfnachweispflicht ab 18 Jahren nötig sei. Damit steigen die Chancen auf einen mehrheitsfähigen Kompromiss bei der Abstimmung am Donnerstag. dpa

Das Lesergewinnspiel Ihrer Tageszeitung

Kreuz & Quer

Jeden Tag
500 €
gewinnen!

Haben Sie schon mitgespielt?